

Entwicklung altersfreundlicher, ländlicher Gemeinden

die Perspektive
der Gemeindeverwaltung





Eine Zusammenarbeit des Landkreises Elbe-Elster und der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg, Fachgebiet Pflegewissenschaft und klinische Pflege.

Landkreis Elbe-Elster:

Stabstelle Lenkungsaufgaben/Sozialplanung
Ludwig-Jahn-Straße 2
04916 Herzberg

Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg:

Fachgebiet Pflegewissenschaft und klinische Pflege
Universitätsplatz 1
01968 Senftenberg

Herausgabe:

April 2021

Autor*innen:

Lisa Barowsky BSc. MA cand, Barbara Erjauz MSc. Prof. Dr. Juliane Zinner, Prof. Dr. Thomas Boggatz

Copyright:

Alle Rechte sind vorbehalten. Kein Teil des Berichtes darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie oder einem anderen Verfahren) ohne Genehmigung der Beteiligten reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.



Inhaltsverzeichnis

Hintergrund	1
Methode	3
Ergebnisse	3
Entwicklung altersfreundlicher, ländlicher Gemeinden aus der Perspektive der Gemeindeverwaltung	5
1. Altersbilder der Verwaltungen	5
2. Beweggründe für Veränderungen	6
3. Rolle als Bürgermeister	7
4. Ressourcen der Gemeinden	7
5. Probleme, Ziele und Maßnahmen der Gemeinden	8
5.1. Probleme der Gemeinden	8
5.1.1. Probleme der Infrastruktur	8
5.1.2. Probleme für die Verwaltung	9
5.1.3. Probleme in der Bevölkerung	10
5.1.4. Probleme in der Kommunikation	11
5.2. Ziele der Gemeinden	11
5.2.1. Allgemeine Ziele	12
5.2.2. Infrastrukturelle Ziele	12
5.2.3. Verwaltungsbezogene Ziele	13
5.2.4. Bevölkerungsbezogene Ziele	13
5.2.5. Kommunikationsbezogene Ziele	14
5.3. Geplante Maßnahmen der Gemeinden	14
5.3.1. Infrastrukturelle Maßnahmen	15
5.3.2. Verwaltungsbezogene Maßnahmen	16
5.3.3. Bevölkerungsbezogene Maßnahmen	16
5.3.4. Kommunikationsbezogene Maßnahmen	17
6. Voraussetzungen für Veränderungen in den Gemeinden	18
7. Veränderungen in den Gemeinden	19
7.1. Veränderungen in der Infrastruktur	19
7.2. Veränderungen in der Verwaltung	20
7.3. Veränderungen in der Bevölkerung	21
7.4. Veränderungen in der Kommunikation	22



8. Abgeleitete Strategien der Altersfreundlichkeit	22
Schlussfolgerung.....	24
Literatur	25

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1 Soziodemografische Daten der Interviewten	4
Tabelle 2 Projektbezogene Tätigkeitsschwerpunkte der Interviewten	4

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1 Hauptbereiche der Evaluation	5
Abbildung 2 Probleme der Gemeinden	8
Abbildung 3 Ziele der Gemeinden	11
Abbildung 4 Maßnahmen der Gemeinden	14
Abbildung 5 Veränderungen in den Gemeinden	19



Hintergrund

Rund 90% der Fläche in Deutschland ist ländlich geprägt und mehr als die Hälfte der Menschen leben in Dörfern, Gemeinden oder Städten auf dem Land (BMEL 2015). Die ländlichen Regionen sind durch die Verschiebung der Altersstrukturen, den Wegzug der jüngeren Bevölkerung und fehlende Zuwanderung stärker vom demografischen Wandel betroffen. Die Gesellschaft und die Politik stehen vor der großen Herausforderung die altersgerechte Versorgung auf dem Land zu sichern. (Dehne 2019) Perspektivisch muss eine adäquate Lösung zur langfristigen Versorgung der älteren Bevölkerung in ländlichen Regionen gefunden werden. Dadurch können Lücken und Mängel in den Versorgungsstrukturen der ländlichen Regionen frühzeitig ergründet und nachhaltig verändert werden. (Eichhorn & Erjauz 2019)

Zur Berücksichtigung der Wünsche und Bedürfnisse älterer Menschen ist die Gestaltung altersfreundlicher Gemeinden seit vielen Jahren Thema der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und Flächenländern wie Kanada. Das Ergebnis der Auseinandersetzung ist ein entsprechendes Konzept und ein Leitfaden zur Entwicklung von altersfreundlichen Städten und Gemeinden. (WHO 2007; Federal/Provincial/Territorial Ministers Responsible for Seniors 2007) Altersfreundlichkeit für ländliche Gemeinden bedeutet Strukturen für ältere Menschen zu schaffen, wodurch Sie so lange wie möglich in ihrer gewohnten Umgebung verbleiben können und gleichermaßen Ihre Altersselbstständigkeit gefördert wird. Hierfür sind acht Bereiche relevant, die es zu berücksichtigen gilt: (1) Öffentliche Räume und Gebäude, (2) Mobilität und Transport, (3) altersgerechtes Wohnen, (4) Respekt und Integration, (5) soziale Teilhabe, (6) Kommunikation und Information, (7) ehrenamtliche Engagement und Beschäftigung, sowie (8) gesundheitliche Dienstleistungen/Pflege und kommunale Unterstützung.

Die Basis, um eine altersfreundliche Gemeinde erfolgreich entstehen zu lassen, ist die Erfassung der individuellen Ausgangslagen in Form von Sozialraumanalysen. Die individuellen Stärken und Defizite der jeweiligen Region können hierbei detailliert identifiziert werden und sind Grundlage für weitere Planung und Implementierung von Versorgungsstrategien. (WHO 2007; Federal/Provincial/Territorial Ministers Responsible for Seniors 2007)

Im Rahmen des Modellprojektes „Leben und Wohnen im Alter – Entwicklung altersfreundlicher, ländlicher Gemeinden“ von Oktober 2017 bis Dezember 2020 fanden in vier unterschiedlichen Gemeinden des Landkreises Elbe-Elster Sozialraumanalysen zum Thema Altersfreundlichkeit, in enger Kooperation mit den Gemeindeverwaltungen, statt. Die Ergebnisse der Befragungen ergaben einen



ersten Einblick in die Stärken und Schwächen der Gemeinden und bildeten die Grundlage für nachfolgende Implementierungen von Versorgungsstrukturen.

Die Entwicklung einer altersfreundlichen Gemeinde setzt eine langfristige und intensive Auseinandersetzung der Gemeindeverwaltungen mit der Thematik voraus. Ein besonderer Fokus muss daher auf den Aspekt der Nachhaltigkeit gelegt werden. Um eine fortwährende Bearbeitung und Berücksichtigung der Altersfreundlichkeit in den ländlichen Regionen zu erreichen, ist eine funktionierende Institution und die damit verbundene Ausprägung von Gewohnheiten, ethischen Normen und Werten sowie die Zusammenarbeit verschiedener Akteure, die Verantwortungsübernahme (Grunwald & Kopfmüller 2012) und das Bewusstsein für die Thematik notwendig. (Fiedler & Spindler 2009) Die Mitarbeiter*innen der Gemeindeverwaltungen stellen eine entscheidende Ressource zur Entwicklung altersfreundlicher, ländlicher Gemeinden dar und werden daher hier in den Fokus genommen.

Das Bewusstsein besteht aus einer Vielzahl routinierter Handlungs- und Denkmuster und ist eine Art Hintergrundwissen. (Alheit 1995) Eine langjährige berufliche Praxis sowie soziale Kontakte nehmen Einfluss auf dessen Entwicklung. Laut Wilken (2010) nahm das soziale Bewusstsein der Gesellschaft in den letzten Jahren jedoch stark ab, was dem Gedanken nach Wirtschaftlichkeit und Wettbewerbsfähigkeit zu Grunde liegt. Sackmann (2014) bewertet das Bewusstsein von Gemeindeverwaltungen mit einer zu geringen sozialen Ausprägung. Dies wird mit einem Kommunikationsdefizit zwischen Bürger*innen und Verwaltung sowie der vorherrschenden Form der Bürgerbeteiligung begründet. Das von Sackmann (2014) beschriebene Modell zeigt ein vorherrschendes Muster, bei dem Entscheidungen von Verwaltungen ohne Bürgerbeteiligung getroffen werden. Das ermöglicht es Verwaltungen Pläne umzusetzen, ohne die Bedürfnisse der Bevölkerung zu berücksichtigen (Sackmann 2014). Es ist jedoch nicht klar, ob sich diese Vorgehensweise auf alle Gemeinden übertragen lässt. Für die Entwicklung einer altersfreundlichen Gemeinde ist es notwendig eine intensive Zusammenarbeit mit der älteren Bevölkerung zu leben. Diese Form der Kommunikation ermöglicht es, die Bedürfnisse der Senioren zu integrieren und entspricht dem erstrebenswerten sozialen Bewusstsein von Gemeindeverwaltungen. Daher soll die Perspektive der Gemeindeverwaltungen zum Bewusstsein eruiert werden, um die Annahmen anderer Autoren zu überprüfen.

Ziel der Evaluation ist die Einschätzung der Ausprägung des Bewusstseins der Gemeindeverwaltungen für das Thema Altersfreundlichkeit nach Durchführung der Sozialraumanalysen.



Methode

Um die altersfreundlichen Veränderungen und die Bewusstseinsbildung der beteiligten Gemeindeverwaltungen einschätzen zu können, wurde durch das Fachgebiet Pflegewissenschaft und klinische Pflege der Brandenburgischen Technischen Universität (BTU) Cottbus-Senftenberg ein entsprechender Interviewleitfaden zur Durchführung von Expert*inneninterviews erarbeitet. Die Überprüfung des Interviewleitfades fand im Vorfeld bei einem Pre-Test-Interview statt. Die Ethikkommission der BTU Cottbus-Senftenberg erteilte der Studie auf Antrag ein positives Votum.

Aus den teilnehmenden Gemeinden wurden Entscheidungsträger*innen sowie an der Organisation, Planung oder Leitung der Arbeitsgruppen beteiligte Personen innerhalb der Gemeindeverwaltungen als Expert*innen ausgewählt. Pro Gemeinde kamen zwei Personen für Expert*inneninterviews in Frage, darunter je ein Bürgermeister und eine Mitarbeiterin aus dem Bereich Jugend- und Seniorenarbeit. Zum Vergleich und zur Überprüfung der Annahme der Bewusstseinsveränderung (Reinders, 2005, S. 137 ff.) wurde ein weiteres Interview mit einem Bürgermeister durchgeführt, der nicht am Projekt „Altersfreundliche Gemeinde“ teilgenommen hat. Die Rekrutierung der Teilnehmer*innen erfolgte über direkte telefonische oder digitale Anfrage. Die Interviews fanden vor Ort in den Gemeinden statt, umfassten circa 30 Minuten bis 1 Stunde und wurden, mit vorheriger Zustimmung der Interviewten, digital aufgezeichnet. Die Datenauswertung erfolgte unter Berücksichtigung der Qualitativen Inhaltsanalyse nach Kuckartz.

Ergebnisse

Soziodemografische Daten

Bei den Interviewten handelte es sich um fünf Bürgermeister und vier Mitarbeiterinnen im Bereich Jugend- und Seniorenarbeit der Gemeinden sowie eine Mitarbeiterin der Stabsstelle für Sozialplanung im Landkreis.

Im Durchschnitt üben die befragten **Bürgermeister** ihr Amt seit 8 Jahren aus, wobei das Spektrum des Amtszeitraums von 2 – 19 Jahren reicht. Die Bürgermeister leben im Mittel seit 34 Jahren in ihrer Gemeinde und der Altersdurchschnitt liegt bei 53 Jahren. Alle Bürgermeister sind männlich.

Die interviewten **Mitarbeiterinnen** arbeiten durchschnittlich seit 21 Jahren in ihrer jetzigen Tätigkeit und leben seit 50 Jahren in der Gemeinde. Das Durchschnittsalter beträgt 59 Jahre. Alle Mitarbeiterinnen sind weiblich.



Tabelle 1 Soziodemografische Daten der Interviewten

Position der Interviewten (Anzahl)	Tätigkeitszeitraum in der Position in Jahren (Mittelwert)	Lebenszeit in der Gemeinde in Jahren (Mittelwert)	Alter der Interviewten (Mittelwert)
Bürgermeister (5)	8,6	34,6	53
Mitarbeiterinnen (5)	21,2	50	59,8

Charakteristika der Interviewten

Die Interviewten wurden nach ihrem Tätigkeitsschwerpunkt im Projekt befragt. Die Bürgermeister benennen als Tätigkeitsschwerpunkte Funktionen im Bereich der Koordination und Kontaktaufnahme. Die Mitarbeiterinnen geben detaillierte Tätigkeitsschwerpunkte mit einem breiten Aufgabenspektrum im Projektzeitraum an. Eine Gegenüberstellung erfolgt in Tabelle 2.

Tabelle 2 Projektbezogene Tätigkeitsschwerpunkte der Interviewten

	Bürgermeister	Mitarbeiterinnen
Tätigkeitsschwerpunkte im Projekt	- Kontaktperson für Wissenschaftliche Begleitung - Koordination an Mitarbeiter*innen - Abstimmung in politischen Gremien - Moderator	- Lenkung in Gemeinden - Zusammenarbeit mit Mitarbeiterinnen der BTU - Multiplikator (Verteilung der Fragebögen) - Ergebnisverarbeitung in Planungs- und Implementierungsphase - Betreuung Arbeitsgruppe - Fördermittelbeantragung



Entwicklung altersfreundlicher, ländlicher Gemeinden aus der Perspektive der Gemeindeverwaltung¹

Im Rahmen der Evaluationsstudie wurden 9 Hauptbereiche identifiziert, welche die altersfreundlichen Veränderungen in den teilnehmenden ländlichen Gemeinden verdeutlichen.

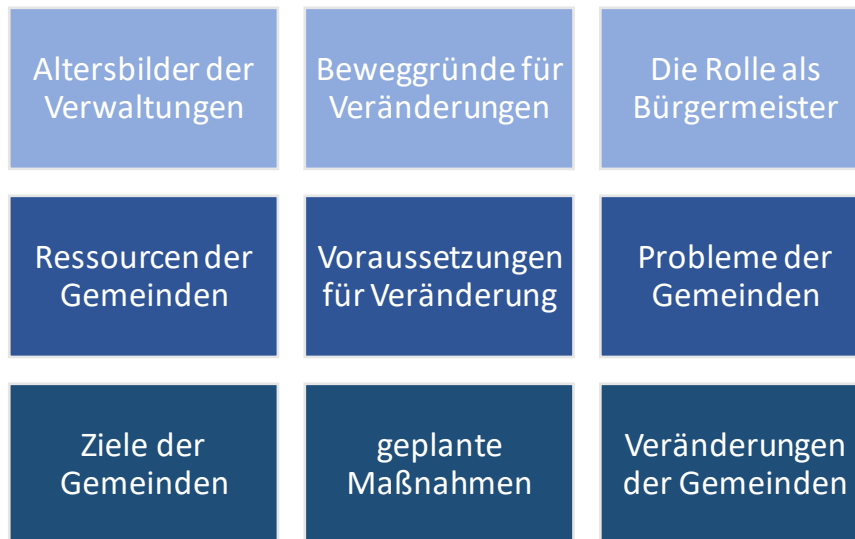


Abbildung 1 Hauptbereiche der Evaluation

1. Altersbilder der Verwaltungen

Bei einem Altersbild handelt es sich um eine individuelle und gesellschaftliche Vorstellung vom Alter, dem Prozess des Alterns oder der zugehörigen Bevölkerung. Diese Vorstellung kann sowohl positiv als auch negativ sein. (BMFSFJ 2010; Zentrum für Qualität in der Pflege 2020). Altersbilder beschreiben das Verständnis von Alter und begründen darüber den Umgang mit der älteren Bevölkerung. (BMFSFJ 2010) Ein entwickeltes Verständnis für diese Altersbilder und entsprechende Reaktionen bilden die Grundlage der nachhaltigen, altersfreundlichen Veränderungen. Diese Annahme spiegelt sich im sechsten Bundesaltenbericht wieder (BMFSFJ 2010).

¹ Zur Unterstützung und Nachvollziehbarkeit der Ergebnisse werden Zitate: „...“ aus den verschiedenen Interviews aufgeführt. Zur besseren Lesbarkeit der Ergebnisse wird die Ausdrucksweise in den Zitaten angepasst, wobei der Inhalt unverändert bleibt. Anpassungen sind durch eckige Klammern kenntlich gemacht.



In den Interviews werden **aktive Alte** definiert. Dabei handelt es sich um eine aktive und fitte ältere Generation, die im Alltag noch viel unternimmt und sich engagiert. Die Vorstellung des aktiven Alterns wird, durch die Aussagen der Interviewten, als eine neue Entwicklung dieser Generation empfunden. Auch der Umgang mit digitalen Medien wird in dieser Gruppe nicht als Hürde gesehen.

Zitat: „Heute gehen wir davon aus, dass manchmal teilweise 70 jährige noch Weltreisen machen, sportlich aktiv sind, noch teilweise mitten im Berufsleben stehen, sich gesellschaftlich noch einbringen wollen und das letzte was sie wollen ist an einem Seniorennachmittag teilzunehmen“ (Interview 8, Pos. 4)

Die **alten Menschen mit Wunsch nach Teilhabe trotz Einschränkungen** sind ein weiteres Altersbild. Hierbei handelt es sich um Ältere mit körperlichen Einschränkungen, die ihren Alltag trotzdem selbst gestalten wollen.

Das letzte Altersbild sind die **hilfsbedürftigen älteren Menschen**. Diese sind auf Hilfe von der Gesellschaft oder von pflegerischen Diensten angewiesen. Es handelt sich hierbei um eine sensible Gruppe der Alten, auf die in der Gesellschaft ein besonderes Augenmerk gelegt werden muss, da sie vor allem von Einsamkeit und Isolation bedroht sind (BMFSFJ 2010; Mayer 2020).

2. Beweggründe für Veränderungen

Die Interviewten nannten verschiedene Gründe sich intensiv mit dem Thema Altersfreundlichkeit auseinanderzusetzen. Insgesamt wurden drei Beweggründe für Veränderungen genannt. Ein konkretes Beispiel für **gesetzliche Vorgaben** ist die Behindertenrechtskonvention, an der sich die Gemeinden vor allem im Hinblick auf Barrierefreiheit orientieren.

Durch die **Sozialverantwortung** der Gemeindeverwaltungen gegenüber der Bevölkerung soll das Wohlergehen der Bürger*innen unterstützt werden, allerdings unter Berücksichtigung der verwaltungsbezogenen Ziele (Bierhoff 2019).

Die **Teilnahme am Projekt**, inklusive der Sozialraumanalyse und der intensiven wissenschaftlichen Begleitung der Mitarbeiter*innen der BTU Cottbus-Senftenberg, wird mit 17 Aussagen am häufigsten als Grund für Veränderungen genannt. Vor allem die Sozialraumanalyse brachte für die Interviewten Erkenntnisse und stärkte, aus eigener Sicht, dadurch das Bewusstsein für die Thematik.

Zitat: „Und dann ist natürlich das große Projekt Entwicklung altersfreundlicher, ländlicher Gemeinden was mit einer Stärken-Schwächen-Analyse für sich beteiligende Gemeinden einhergegangen ist, eine Geschichte, die im Prinzip so ein Stück weit in den Kommunen den



Blick für Altersfreundlichkeit geschärft hat. Dinge durchfragen, ein bisschen auf das Tablet gebracht hat, die man sonst gar nicht so betrachtet.“ (Interview 1, Pos. 38)

Die Interviewten äußern zwei Zeitpunkte, in denen sich die Teilnahme am Projekt als Beweggrund für Veränderungen erwies. Entweder bei der Kontaktaufnahme mit den Gemeinden zu Beginn oder während der Durchführung des Projektes.

3. Rolle als Bürgermeister

Die Bürgermeister beschreiben ihre Rolle als eine Art dauerhafte Zuständigkeit für die Belange der Gemeinde. Bei einem Spaziergang durch die Gemeinde oder im privaten Alltag werden sie in die Rolle des Bürgermeisters gedrängt. Sie sprechen teilweise von einem „schwierigen Verhältnis“ zum Ort. Diese herausfordernde Rolle der Bürgermeister ist für die Beurteilung des Bewusstseins und die altersfreundlichen Ziele und Maßnahmen eine wesentliche Hintergrundinformation.

Zitat: „Sie sind ja eigentlich als Bürgermeister auch nie privat, sondern [man] ist immer Bürgermeister [...]. Sie [...] stehen immer unter Beobachtung.“ (Interview 7 Pos. 12)

Zitat: „[Ich muss] regelmäßig meine Schubladen im Kopf füllen[...], was alles zu erledigen ist. Also durch unsere Stadt zu kommen, ohne Aufgaben zu sehen, ist ganz schwierig.“ (Interview 10, Pos. 3)

4. Ressourcen der Gemeinden

Es handelt sich hierbei um vorhandene Gegebenheiten in der Gemeinde, die zur Problemlösung eingesetzt werden können. Die Befragung der Gemeindemitglieder zeigte einen großen Umfang an Ressourcen in der ländlichen Region. Insgesamt wurden 16 unterschiedliche Ressourcen genannt, die zu drei übergeordneten Ressourcen zusammengefasst werden.

Die **Vorteile der ländlichen Regionen** beinhalten eine naturbelassene und ruhige Lage in freundlicher und hilfsbereiter Umgebung, mit bestehender Nachbarschaftshilfe. Eine historische Gestaltung der Stadt und eine gepflegte, wohlständische Umgebung werden als weitere Ressourcen wahrgenommen.

Zitat: „[...] wir sind ja hier ein sehr [ländliches] Städtchen. Wir fühlen uns alle auch sehr wohl [...]. [...] ich denke mal dieses ländliche, dieses geprägte auf diesem Lande hier [...] strahlt Ruhe aus, es strahlt Freundlichkeit aus und wenn sie morgen früh aufwachen und die Vögel zwitschern ist doch ganz anders“ (Interview 5, Pos. 2)



Zu den **infrastrukturellen Ressourcen** zählen die medizinische Versorgung durch Ärzte und Pflegeeinrichtungen, Einrichtungen für Besorgungen des täglichen Bedarfs (Einkaufsmärkte, Geldinstitute), Kultureinrichtungen, Schulen und Kindergärten sowie die Erreichbarkeit von Veranstaltungsorten und die Parkplatzsituation.

Die **subjektiven Ressourcen** beinhalten subjektives Wohlbefinden und tiefe Heimatverbundenheit. Ländliche Gemeinden sind laut den Aussagen ein gefragter Wohnort und bieten eine Chance zur Mitgestaltung.

5. Probleme, Ziele und Maßnahmen der Gemeinden

Die altersfreundlichen Veränderungen der Gemeinden basieren auf erkannten Problemen, gesetzten Zielen und geplanten Maßnahmen. Sie lassen sich jeweils auf die Bereiche Infrastruktur, Verwaltung, Bevölkerung und Kommunikation beziehen. Bei den gesetzten Zielen besteht ein weiterer Bereich mit allgemeinen Zielformulierungen der Gemeinden.

5.1. Probleme der Gemeinden

Die Probleme oder Defizite der Gemeinden wirken als Basis für altersfreundliche Veränderungen. Die Unterteilung der Probleme erfolgt in die bereits genannten vier Bereiche.

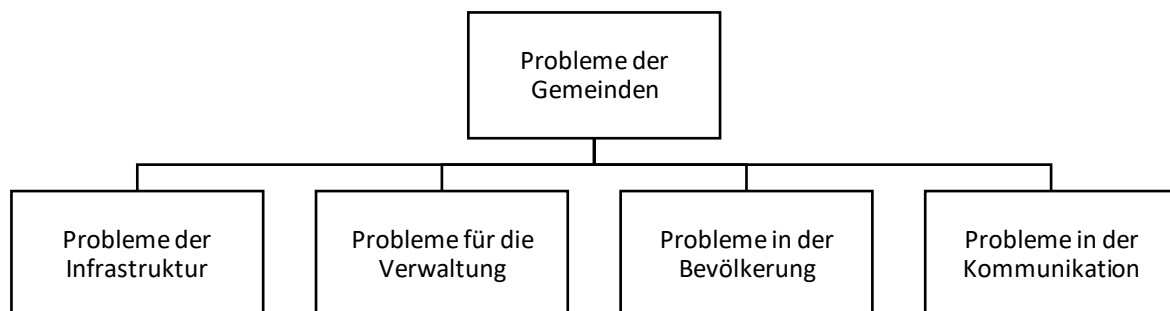


Abbildung 2 Probleme der Gemeinden

5.1.1. Probleme der Infrastruktur

Infrastrukturelle Probleme, welche inhaltlich mit den Bereichen öffentlicher Raum, Wohnen, soziale Teilhabe und Gesundheitsversorgung aus der Sozialraumanalyse zu vergleichen sind, beschreiben mit hoher Priorität fehlende Mobilitätsangebote sowie Barrierefreiheit im öffentlichen Raum und eine fehlende Dienstleistungsvielfalt.

Eine Aussage veranschaulicht die infrastrukturelle Lage der ländlichen Gemeinden: „*was den Leuten hier wichtig ist [...] das fehlt einfach*“ (Interview 2, Pos. 2).



Die größten Probleme werden bei den **fehlenden Mobilitätsangeboten**, der **Barrierefreiheit im öffentlichen Raum** und der **mangelnden Gesundheitsversorgung** gesehen. Die fehlenden Mobilitätsangebote führen, vor allem auf den Ortsteilen, zu Einschränkungen. Die Gemeindeverwaltungen sprechen von einer Abhängigkeit der örtlichen Verkehrsbetriebe, welche die aktuelle Mobilitätssituation beeinflusst. Unter dem Punkt der Barrierefreiheit im öffentlichen Raum werden fehlende barrierefreie Geh- und Überwege sowie barrierefreie Zugänge als problematisch angesehen. Die mangelnde Gesundheitsversorgung besteht laut den Interviewten auf Grund des Ärzt*innenmangels und fehlender Langzeitpflegeeinrichtungen.

Zitat: „Also das ist, glaube ich, [...] wirklich ein Hauptproblem, [...] Mobilität.“ (Interview 4, Pos. 36)

Zitat: „Barrierefreiheit ist denke ich bei uns noch ein Thema. Egal ob das nun bei den Apotheken ist oder bei Ärzten teilweise.“ (Interview 2, Pos. 22)

5.1.2. Probleme für die Verwaltung

Die Probleme für die Verwaltungen schränken eine Realisierung altersfreundlicher Veränderungen ein. Insgesamt werden neun Probleme von den interviewten Expert*innen genannt.

Die finanzielle Lage und der Zwang zur Wirtschaftlichkeit, zusammengefasst in der **Finanzierung von Maßnahmen**, haben in dieser Bereich die höchste Priorität. Viele der am Projekt teilnehmenden Gemeinden befinden sich im Haushaltssicherungskonzept oder bewältigen den Alltag mit fast leeren Haushaltskassen. Keine oder nur geringe finanzielle Mittel bedeuten eine Verzögerung geplanter Maßnahmen oder die fehlende Möglichkeit zur Umsetzung. Die Aussagen geben zu bedenken, ob der Zwang zur Wirtschaftlichkeit Auswirkungen auf Veränderungen und die Bewusstseinsbildung für Altersfreundlichkeit hat. Dagegen stellt die finanzielle Lage eine deutliche Hürde für altersfreundliche Veränderungen dar.

Zitat: „Finanzen ist ein ganz großes Thema, wo eigentlich diese Senioren finde ich aus meiner Sicht doch ein bisschen allein gelassen sind. Die Kommunen grade hier im ländlichen Bereich, die können das einfach nicht ohne weiteres stemmen. Und grade wenn jetzt bei Baumaßnahmen, [...] da sind oft mal 50.000 Euro puff sind sie weg ja. Und die braucht man einfach dazu, um manche Sachen zu erreichen, die man gerne umsetzen möchte.“ (Interview 9, Pos. 24)



Gesetzesvorgaben, wie die Gestaltung barrierefreier Bushaltestellen bis 2022, verlangen eine zusätzliche Umsetzung von Maßnahmen in kurzen Zeiträumen, die bei den Gemeinden wiederum Auswirkungen auf die finanzielle Situation und individuelle Prioritätensetzung haben.

Auf Grund der **Corona** Pandemie zur Zeit der Datenerhebung wurden auch die in diesem Zusammenhang geltenden Verordnungen als Problem der Interviewten geäußert. Sie beeinflussen aktuell in erhöhtem Maß die Veränderungen hinsichtlich einer altersfreundlichen Gemeinde.

Zitat: „[Wir] hatten im Frühjahr [...] angefangen mit einem Seniorenstammtisch, den ich veranstaltet habe mehr oder weniger. [...] und dann [kam] wie gesagt Corona dazwischen.“
(Interview 4, Pos. 24)

5.1.3. Probleme in der Bevölkerung

Die von den Gemeindeverwaltungen wahrgenommenen Probleme in der Bevölkerung können zukünftige altersfreundliche Maßnahmen beeinflussen und bilden daher eine wesentliche Grundlage für gemeindebezogene Entwicklungen.

Die **fehlende Eigenverantwortung** der (älteren) Bevölkerung bezieht sich auf die mangelnde Beteiligung in politischen Gremien und auf die eigenverantwortliche Tagesgestaltung durch das Nutzen von Angeboten im öffentlichen Räumen.

Zitat: „wenn sie begreifen, dass das ihre Stadt ist und dass sie auch Möglichkeiten haben mitzumachen, [entwickeln] sie ein ganz anderes Gefühl dafür. Also sowohl Stolz als auch zu sagen, Mensch genau es ist unsere Stadt, ein Demokratieverständnis und so weiter und ein Gemeinschaftsgefühl, was sag ich mal aus meiner Sicht schon auch abhandengekommen ist in den letzten Jahren.“ (Interview 4, Pos. 14)

Die interviewten Expert*innen sprechen von einer spürbaren **Frustration der Bevölkerung**, die sich dadurch äußert, dass „sie immer ziemlich viel [meckern]“ (Interview 4, Pos. 4). Die Gemeindeverwaltungen fühlen sich als „Prellböcke, obwohl [sie] dafür gar nichts [können], aber die ganze Unzufriedenheit entlehnt sich hier bei der Stadt“ (Interview 6, Pos. 4)

Es bestehen **Generationenkonflikte** in der Bevölkerung, die sich negativ auf das Gemeinschaftsgefühl auswirken. „Die einen schimpfen [...] da ist so ein Krach und dann machen sie einen Haufen Dreck. Die Jugendlichen sagen was wollen die Alten hier, dann schnarchen sie bloß rum und meckern nur auf uns rum“ (Interview 8, Pos. 14)



5.1.4. Probleme in der Kommunikation

Kommunikation ist ein entscheidender Faktor für die Entwicklung einer altersfreundlichen Gemeinde und zur sozialen Bewusstseinsbildung. Die Kommunikation mit der Verwaltung wurde bereits in der Sozialraumanalyse des Projektes erfasst, hierbei wurde auch durch die Befragten ein Defizit aufgezeigt. Anzunehmen ist, dass den Verwaltungen dieses Problem durch die Sozialraumanalyse bewusst wurde.

Ein Kommunikationsproblem in den Gemeinden betrifft die **Informationsvermittlung**. Hierbei handelt es sich um fehlende Strategien zur Informationsweitergabe an die Bevölkerung. Die Frage die sich die interviewten Expert*innen stellen ist, „*wie erreiche ich eigentlich alle Leute.*“ (Interview 4, Pos. 22)

Die **Ausgrenzung Älterer durch schriftliche Informationen** ist ein weiteres Kommunikationsproblem. Die Altersfreundlichkeit von schriftlichen Informationen, wie Schriftgröße, einfache Sprache und leichte Verständlichkeit wurde bereits in der Sozialraumanalyse mit „*trifft eher nicht zu*“ von der Bevölkerung bewertet. Dieses Problem wird nun auch in der Evaluation erneut benannt. Die problematische Informationsvermittlung beschreibt fehlende Möglichkeiten diese an die Bevölkerung weiterzugeben.

Zitat: „[...] zum Beispiel der Gemeinde Kurier oder die Amtsblätter, dass man die in einer Schrift nimmt, [...] die auch ältere Leute lesen können. Das ist alles ziemlich klein gedruckt, so dass da doch schon Probleme bestehen, dass man dort eigentlich schon dadurch ältere Bürger ausgrenzt“ (Interview 2, Pos. 18)

5.2. Ziele der Gemeinden

Die Ziele beschreiben die zukünftig angestrebten Zustände der Gemeinden. Bei diesen zeigt sich, dass die Gemeinden vor allem Grob- und Fernziele in den Blick nehmen, die allgemeine Veränderungen betreffen. Die Unterteilung der Ziele findet in die bekannten vier Bereiche und zusätzlich in allgemeine Ziele der Gemeinden statt.

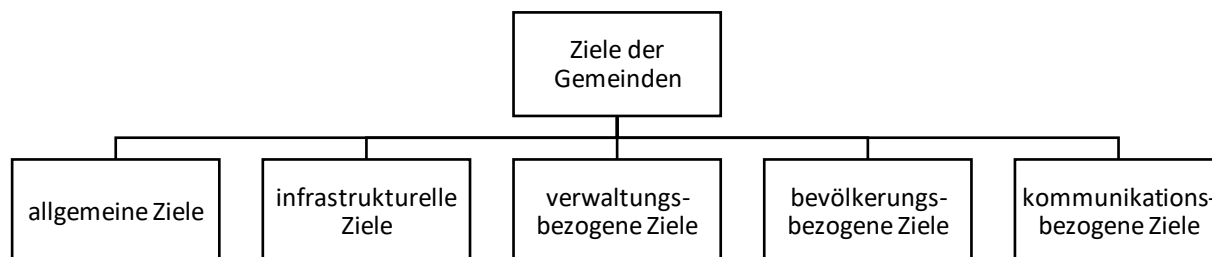


Abbildung 3 Ziele der Gemeinden



5.2.1. Allgemeine Ziele

Die allgemeinen Ziele der Gemeinden werden überwiegend von den Bürgermeistern definiert. Sie nennen hier allgemeine Entwicklungsziele für ihre Gemeinden.

Die **kontinuierliche Gemeindeentwicklung** ist ein Prinzip, dem die Gemeindeverwaltungen auf Grund der gesellschaftlichen Veränderungen unterlegen sind. Dementsprechend wird dieser Bereich mit Hinblick auf eine weitere altersfreundliche Veränderung der Gemeinden von den interviewten Expert*innen angesprochen.

Zitat: „Leben ist immer Veränderung und Veränderung ist auch immer irgendwo notwendig. Das ist in den unterschiedlichsten Punkten. Das ist bei Gestaltung von Innenstädten, Bedürfnisse ändern sich, Bevölkerung wird, Stichwort demografischer Wandel, älter und insofern ändern sich natürlich Bedürfnisse.“ (Interview 1, Pos. 16)

Das **Schaffen eines schönen Lebensumfeldes** bezieht sich primär auf die Steigerung des Wohlbefindens der Bevölkerung. Dieses Ziel soll die Bevölkerung veranlassen, sich mit der Gemeinde stärker zu identifizieren und eine Abwanderung junger Menschen verhindern. So sollen zum Beispiel infrastrukturelle Anpassungen den Generationen ein schönes Lebensumfeld bieten oder die Aufenthaltsqualität verbessern.

Zitat: „Insofern ist [...] jetzt unser Ziel [...] ein wirklich schönes Lebensumfeld zu schaffen.“ (Interview 4, Pos. 8)

5.2.2. Infrastrukturelle Ziele

Die Gemeindeverwaltungen formulieren wenige Ziele zur Umgestaltung der Infrastruktur. Der **Ausbau der Barrierefreiheit** wird als alleiniges infrastrukturelles Ziel angesprochen. Sie ist wichtig für die Sicherheit und die Aktivität älterer Menschen und bietet die Möglichkeit, dass sich ältere Menschen unabhängig bewegen und ihren persönlichen und sozialen Bedürfnissen nachgehen können. Mängel bei der Durchgängigkeit und der Instandhaltung der Gehwege steigern die Gefahr eines Sturzes wesentlich. (WHO 2007; Federal/Provincial/Territorial Ministers Responsible for Seniors 2007)

Von der Vielzahl der angegebenen infrastrukturellen Probleme der Gemeinden, wie fehlende Mobilitätsangebote, Barrierefreiheit im öffentlichen Raum und die mangelnde Gesundheitsversorgung (siehe Seite 10) wird nur die Barrierefreiheit in den Zielen aufgegriffen. Vermutlich sind große finanzielle Mittel für die Umsetzungen in diesem Bereich notwendig, die den Gemeinden nicht ausreichend zur Verfügung stehen. Dies wird ersichtlich in den Problemen der Verwaltung mit Hinblick auf die finanzielle Lage (siehe Seite 11).



Zitat: „[daran] müssen wir hier arbeiten in unserer Gemeinde, [...] die ganze Barrierefreiheit [...]. Nehmen wir mal unsere Gebäude an, die Apotheke, die gegenüber ist, der Eingangsbereich. Dort müsste man, und muss man auch anfangen, dass man das barrierefreier gestaltet [...].“
(Interview 6, Pos. 8)

5.2.3. Verwaltungsbezogene Ziele

Die verwaltungsbezogenen Ziele befassen sich mit wirtschaftlichen und politischen Bereichen der Gemeinden. Vor allem die Themen **Arbeitsplätze** und das **Bevölkerungswachstum durch junge Menschen** sind vorrangige Ziele. Hiermit sollen finanzielle Probleme der Gemeinden gelöst werden.

Zitat: „Also unserer Stadt wünsche ich, dass sie nach wie vor den Zuzug an jungen Leuten behält, den sie zur Zeit hat. Dass viele, die aus beruflichen Gründen sicher mal als junge Leute die Region verlassen haben, wieder zurückkommen und den Schritt wagen [dorthin] wo ihre Wurzeln sind.“ (Interview 7, Pos. 26)

Die **Senioren im Ort werden ebenso als Chance zur Wirtschaftsförderung** gesehen, da sie auf Grund ihrer Bedürfnisse Arbeitsplätze für junge Menschen schaffen.

Zitat: „Ich habe da ja auch kein Problem damit, wenn hier noch 500 Senioren herziehen. Ist ja wie gesagt auch eine Chance. Es geht ja weiter [...], ob das Kosmetiksachen sind, also da hängen ja auch Arbeitsplätze am Ende dran und wie gesagt wir werden hier kein VW Werk her kriegen, also muss man ohnehin gucken wo bestehen so Möglichkeiten“ (Interview 4, Pos. 22)

5.2.4. Bevölkerungsbezogene Ziele

Die bevölkerungsbezogenen Ziele sollen einen optimalen Zustand für die Bürger*innen der Gemeinden erreichen, um deren Wohlbefinden zu steigern. Das Wohlbefinden der Bevölkerung ist ein wichtiger Faktor für gemeindebezogene Entwicklungen und gibt direkte Rückmeldungen über die Arbeitsqualität der Gemeindeverwaltungen.

Es wird vor allem das **generationsübergreifende Leben** benannt, in dem Jung und Alt gemeinsame Ziele verfolgen. Der gesellschaftliche Zusammenhalt in den Gemeinden soll verbessert werden. Gestärkt wird dies durch die Entwicklung von **Wertschätzung, Akzeptanz und Toleranz** innerhalb der Generationen.

Zitat: „[...] dass man zeigt, wenn man in der Stadt lebt, dann lebt man da generationsübergreifend. Also da gibt es nicht die Jugend und die Alten, da gibt es nur wir. Und [...] wenn man das merkt, dann hat man es geschafft. Dann kommt man vorwärts.“ (Interview 3, Pos. 12)



Die **Bürgerbeteiligung zu erhöhen** wird in mehreren Interviews als Ziel genannt und wurde durch die erfolgte Sozialraumanalyse bereits in Gang gesetzt. Die Bevölkerung soll in Entscheidungsprozesse der Gemeindeverwaltungen und Umgestaltungen mehr integriert werden.

5.2.5. Kommunikationsbezogene Ziele

Die Kommunikation mit der Bevölkerung ist ein wesentlicher Faktor, um Bedürfnisse und Probleme in der Gemeinde zu identifizieren. In den Gemeinden müssen neue Kommunikationswege zum Erfassen der Bedürfnisse der Bevölkerung initiiert werden. In den Interviews wird deutlich, dass eine Veränderung der Kommunikation *über* die Zielgruppe, zu einer Kommunikation *mit* der Zielgruppe, stattfinden soll. Die **Verbesserung der Kommunikation** mit den älteren Menschen ist ein wichtiges Ziel, das auf eine Steigerung des sozialen Bewusstseins hinweist.

Zitat: „am Ende bin ich ja jetzt hier nicht Doktor Allwissend und sage machen wir so, weil ich es halt denke, dass es das Beste ist. Am Ende kommt das dabei raus, weil [...] im Rahmen der Verwaltung [...] ist das ja ein Prozess, aber den würde ich halt ein bisschen breiter gestalten wollen. Weil wie gesagt, die Weisheit haben wir alle nicht mit Löffeln gefressen.“ (Interview 4, Pos. 20)

5.3. Geplante Maßnahmen der Gemeinden

Die geplanten Maßnahmen umfassen alle zukünftigen Veränderungen der Gemeinden, um übergeordnete Ziele zu erreichen. In den Interviews werden Maßnahmen genannt, die wieder in die vier Bereiche Infrastruktur, Verwaltung, Bevölkerung und Kommunikation eingeteilt werden können. Sie stellen ebenfalls einen Bezug zu den vorher genannten Problemen und Zielen der Gemeinden her.

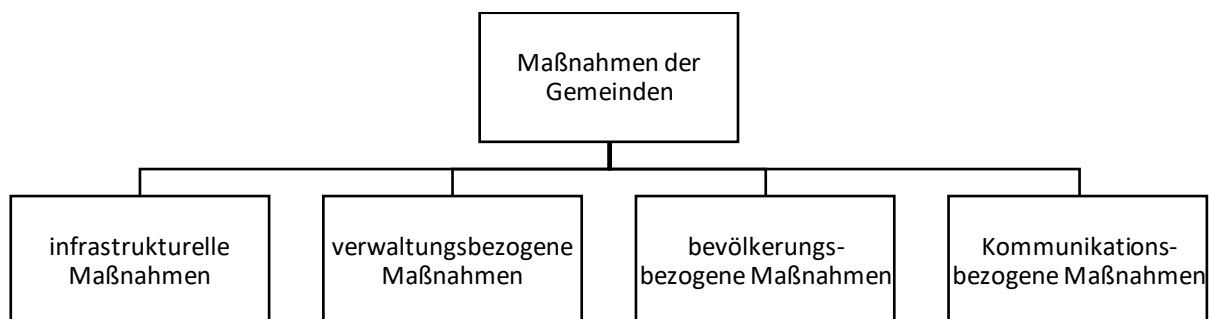


Abbildung 4 Maßnahmen der Gemeinden



5.3.1. Infrastrukturelle Maßnahmen

Die infrastrukturellen Maßnahmen befassen sich mit den Bereichen öffentlicher Raum, soziale Teilhabe sowie Gesundheitsversorgung und sollen die Probleme der Gemeinden lösen. Die häufigste geplante Maßnahme ist die **barrierefreie Gestaltung des öffentlichen Raums**. Die Verbesserungen in diesem Bereich werden über Sanierungen der Gehwege angestrebt. Höchste Priorität hat hierbei das in den 1990ern im Rahmen der Ortskernsanierungen aufwendig verlegte Kopfsteinpflaster, was mittlerweile in vielen ländlichen Gemeinden Brandenburgs ein Problem für ältere Menschen darstellt.

Zitat: „wegen diesem Kleinstadtpflaster, was ja an sich immer ganz schick ist, aber es halt eben so auch die Nachteile diesbezüglich [hat]. Und da wollen wir jetzt halt wirklich bei den Maßnahmen, die anstehen, das immer so machen, dass [...] zumindest eine Seite immer so ist, [...] dass man dort sag ich mal relativ barrierefrei vorwärts kommt. Also das was die Gestaltung des öffentlichen Raums anbelangt. [...] sei es zum Beispiel [...] wie gestalte ich Fußwege meinetwegen. Das ist halt [...] sowohl für Senioren, die jetzt sag ich mal Rollator benötigen, [...] als auch selbst ja für Kinderwagen und so weiter nicht ganz so günstig. Und wir versuchen das jetzt aber trotzdem [...] bei den Baumaßnahmen so umzusetzen, dass wir zumindest zum Beispiel Granitplatten [verlegen].“ (Interview 4, Pos. 26)

Eine weitere häufige geplante Maßnahme der Gemeindeverwaltung ist der Aufbau von **Treffpunkten** für eine generationsübergreifende Begegnung. In den Gemeinden bieten sich dazu verschiedene Möglichkeiten an, wie Verkaufinseln aus mobilen Dienstleistern, wie Bäcker, Fleischer und täglicher Bedarf als Begegnungsstätten oder durch Nachmittagstreffpunkte mit zum Beispiel Spielen, Kochen und Stricken. Der geplante Aufbau eines Seniorenspielplatzes ist eine kostspielige aber zugleich verbindende wie auch aktivierende Investition in einer der befragten Gemeinden.

Eine weitere wichtige Maßnahme für die Versorgung älterer Menschen ist die **Errichtung von Pflegeheimen und Betreutem Wohnen**. In den Gemeinden gibt es kaum pflegerische Einrichtungen und die ältere Bevölkerung muss in Pflegeheime umliegender größerer Städte ziehen. Für die Errichtung von pflegerischen Einrichtungen benötigen die Gemeinden Unterstützung von anderen Trägern wie Wohlfahrtsverbänden.

Zitat: „Wir würden auch gerne ein Pflegeheim oder ein Altenheim [errichten], aber [...] da hat sich noch nicht der richtige [...] Investor gefunden, der das jetzt mal hier bauen würde, oder übernehmen würde.[...] Wenn wir jemanden finden würden einen Investor, würden wir sofort hier ein Pflegeheim errichten. Das sind noch [...] so [Bestrebungen], die wir auch [...] gern erfüllen würden.“ (Interview 5, Pos. 10)



5.3.2. Verwaltungsbezogene Maßnahmen

Die verwaltungsbezogenen Maßnahmen entsprechen den Lösungswegen für Probleme in der Gemeindeverwaltung.

Vorrangig werden **Finanzierungen durch Fördermittel** angestrebt. Die **Eigenmittel** sollen über andere Möglichkeiten, wie personelle und geringe finanzielle Mittel, geleistet werden.

Zitat: „Das sind hier mal 1000, da mal 2000, 3000, 4000, 5000. Es bringt aber so für das Wohlbefinden viel und oft ist es ja auch so, man kann sich natürlich hinsetzen und sagen ah das und das alles müsste ich jetzt machen, aber das kostet eine halbe Million, die habe ich nicht, die habe ich auch in 10 Jahren nicht, lasse ich es bleiben. Nee dann haben wir lieber gesagt [dann] machen wir halt die kleinen Sachen. Dann machen wir halt kleine Sachen, versuchen da auch für diese kleinen Sachen Förderungen zu kriegen und das zeigt sich dann auch“ (Interview 8, Pos. 12)

Jedoch muss immer wieder eine **Prioritätensetzung** der geplanten Maßnahmen stattfinden, da das Problem der finanziellen Ausstattung fast unüberwindbar scheint. Eine Lösungsstrategie hierfür ist das Umsetzen kleinerer Anpassungen in Richtung Altersfreundlichkeit und weg von kostspieligen Großprojekten. Zur Weiterentwicklung blicken die Gemeinden auch in andere Gemeinden und vergleichen ihre Veränderungen.

Eng verbunden mit der Kommunikation und den bevölkerungsbezogenen Maßnahmen, ist die wichtigste Maßnahme der Verwaltungen die **Gremienarbeit**. Mit Bezug zur Altersfreundlichkeit wird hier vor allem der Seniorenbeirat benannt, aber auch der Jugendbeirat und ein möglicher Generationsbeirat werden berücksichtigt.

5.3.3. Bevölkerungsbezogene Maßnahmen

Die bevölkerungsbezogenen Maßnahmen sollen die Probleme in der Bevölkerung aufgreifen und eine Unterstützung beziehungsweise Erleichterung in den unterschiedlichen Bereichen ermöglichen. Zu diesem Zweck sind Kooperationen und Austausch zwischen Verwaltung und Bürger*innen notwendig. Die priorisierte Integration der Bevölkerung bei Entscheidungen zeigt die Ausprägung des sozialen Bewusstseins der Gemeindeverwaltung für Altersfreundlichkeit.

Die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Bevölkerung wird insbesondere durch die Gremienarbeit gefördert. **Jugendparlament**, **Einwohnerversammlungen**, diverse **Arbeitsgruppen** und **Seniorenbeiräte** stellen hier die geplanten Maßnahmen dar.



Zitat: „Und deswegen ist es natürlich noch besser, man hat die so eingebunden, dass sie dann selber so aktiv sind wie bei uns hier der Seniorenbeirat, und dass sie dann immer [...] sagen, wir wollen das und das noch. Und [...] das funktioniert eigentlich recht gut und da bin ich auch stolz drauf, aber [das] kann natürlich immer alles noch besser sein.“ (Interview 8, Pos. 10)

Die Einrichtung **digitaler Schulungsangebote** für Ältere soll die digitale Vernetzung und den Umgang mit digitalen Medien ermöglichen. So können Probleme und Anliegen schnell kommuniziert werden und bieten eine Lösung der kommunikationsbezogenen Probleme.

5.3.4. Kommunikationsbezogene Maßnahmen

Kommunikationsbezogene Maßnahmen sind eine Voraussetzung für die Zusammenarbeit in der Gemeinde. Die Kommunikation innerhalb der Gemeindeverwaltung und darüber hinaus mit der Bevölkerung hat einen direkten Einfluss auf den Erfolg und die Qualität der geleisteten Gemeindearbeit. Diese Ansätze haben die Gemeinden aufgegriffen und beschreiben drei geplante kommunikationsbezogene Maßnahmen.

Zum einen sollen **Maßnahmen** zukünftig gegenüber der Bevölkerung **transparenter kommuniziert** werden. Dies zeigt sich als wichtige Handlungsstrategie. Zum Beispiel bietet ein Seniorencafé ein angenehmes Ambiente, in dem Bürgermeister*innen für Fragen zur Verfügung stehen.

Zitat: „Aber wir haben es möglich gemacht, dass die [...] älteren Menschen oder ja Senioren eben sich einmal in der Woche mit dem Bürgermeister hier im Raum treffen können. Und er stand eben einfach zur Verfügung so jetzt nach dem Motto, jetzt rede ich. [...] Und dann kamen die Leute eben nach und nach. Es hat sich dann auch schnell rum gesprochen, dass es hier Tee und Plätzchen gibt, aber das war gar nicht das wesentliche, sondern dass die Leute eben einfach den Bürgermeister mal eine Stunde am Wickel hatten und dann konnte er sich das auch mal anhören“ (Interview 3, Pos. 16)

Weitere **Befragungen** stellen ebenso Kommunikationsmaßnahmen dar, um wichtige Informationen aus der Bevölkerung zu erhalten. Zum anderen wird die Kommunikation mit den Senioren durch neue **digitale Austauschmöglichkeiten**, wie die **Städte App**, angestrebt. Diese Art des Vorgehens fördert das Verständnis aller Beteiligten und führt gegebenenfalls zur Entspannung potentieller Konflikte.

Zitat: „Was ich merke [...] in der Arbeit ist, dass wenn man mit den Leuten ganz normal redet und denen auch bestimmte Umstände erklärt, verstehen [sie] das auch und akzeptieren das meistens auch. Also da ist glaub ich wirklich wichtig so auf dieser kommunalen Ebene, dass man gesprächsbereit ist und einfach [...] mit denen ganz normal sachlich umgeht [...], man kann den



meisten schon noch erklären, warum Dinge so sind wie sie sind. Und das ist eigentlich ganz positiv so grundsätzlich erstmal.“ (Interview 4, Pos. 8)

6. Voraussetzungen für Veränderungen in den Gemeinden

Voraussetzungen für Veränderungen in den Gemeinden sind allgemeine Ressourcen, die Gemeindeverwaltungen benötigen, um altersfreundliche Maßnahmen umzusetzen und angestrebte Ziele zu erreichen. Die Interviewten nannten vier Bereiche, die sie als Voraussetzung zur Erreichung der beschriebenen Ziele benötigen und sich entweder auf Verwaltungsebene oder Landesebene beziehen.

Die Voraussetzungen für altersfreundliche Entwicklungen auf Verwaltungsebene sind laut Aussagen das **gemeinwohlorientierte Engagement** der gesamten Verwaltung. Zudem ist der Wille, **personelle und zeitliche Ressourcen** für die Arbeit an solchen Themen einzusetzen, bedeutend.

Auf Grund der Vielzahl an Problemen, die in den Gemeinden vorliegen, sprechen die Interviewten die notwendige Unterstützung von übergeordneten Instanzen an. Sie wünschen sich mehr **Förderungen von Landesebene**, um die gesetzlichen Forderungen und angestrebten Maßnahmen umsetzen zu können. Der Wunsch der Gemeindeverwaltungen ist eine Neustrukturierung finanzieller Mittel auf kommunaler Ebene und eine höhere Priorisierung des Themas Altersfreundlichkeit auf Landesebene.

Zitat: „Vielleicht auch mehr Unterstützung vom Land in diese Richtung. Das heißt grade auch auf Landesebene muss das Thema Altersfreundlichkeit fokussiert werden auf alle Fälle.“ (Interview 2, Pos. 90-92)

Eine wichtige Voraussetzung für eine altersfreundliche Entwicklung ist die soziale Kompetenz. Dies bedeutet, sich in das Alter und die Bedürfnisse der Zielgruppe einzufühlen und entsprechend darauf zu reagieren. Hier wird ein direkter Bezug zum sozialen Bewusstsein für das Altern und die Altersfreundlichkeit aufgezeigt. In 7 Interviews wird das **Einfühlungsvermögen in das Alter** thematisiert. Es wird laut Aussagen der Expert*innen durch eine langfristige und intensive Auseinandersetzung mit dem Seniorenbereich in der Seniorenarbeit begünstigt.

Zitat: „Man erkennt auch vieles anders, man sieht wo die Prioritäten von den Senioren sind, was denen wichtig ist in dem Alter, wo man sagt, aha so habe ich das noch gar nicht gesehen. Und ja ich denke mal das macht es auch aus, dass man da auch ein gewisses Verständnis und die nötige Wertschätzung hat.“ (Interview 9, Pos. 26)

Zitat: „Naja gut ich bin ja nun noch nicht in dem Alter, aber [...] meine persönliche Sichtweise zu dem Thema hat sich natürlich auch ein bisschen verändert. [Natürlich] durch die Probleme,



die durch die ältere Generation an uns heran getragen worden [sind], verändert sich natürlich auch so eine Sichtweise. [Jetzt] grade als Mensch auch der noch fit ist und vital, und noch 3 Stufen mit einmal nimmt auf der Treppe, und für den alles kein Problem ist. Wenn man [...] sich das dann mal so anguckt wie die ältere Generation dann manchmal so vor Probleme gestellt wird, [...] dann hat man heut zu Tage schon ein ganz anderes Denken.“ (Interview 8, Pos. 12)

7. Veränderungen in den Gemeinden

Die Veränderungen in den Gemeinden erfolgten in den letzten Jahren und stellen einen Bezug zu den Zielen und Maßnahmen her. Somit erfolgt die Einteilung wieder in die vier bekannten Bereiche, Infrastruktur, Verwaltung, Bevölkerung und Kommunikation.

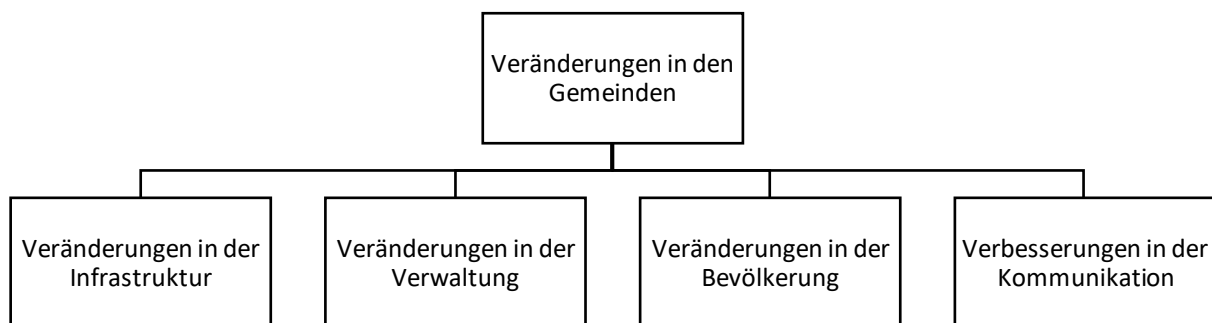


Abbildung 5 Veränderungen in den Gemeinden

Zusätzlich erfolgt eine Unterteilung in altersspezifische Veränderungen und altersunspezifische Veränderungen. **Altersspezifische Veränderungen** werden ausschließlich für die Senioren zur Altersfreundlichkeit eingerichtet. Diese Einteilung ist zur Analyse der Bewusstseinsbildung entscheidend, um zu erkennen wie viele altersfreundliche Veränderungen tatsächlich stattfinden. **Altersunspezifische Veränderungen** lassen sich auf alle Altersgruppen in der Bevölkerung der Gemeinde anwenden, oder können von allen genutzt werden. Ein direkter beziehungsweise ausschließlicher Bezug zu den Senioren kann hierbei nicht hergestellt werden.

7.1. Veränderungen in der Infrastruktur

Die infrastrukturellen Veränderungen beinhalten jede Art vorhandener Dienstleistungen, Mobilitätsangebote sowie Straßen und Wege im öffentlichen Raum zur Steigerung der individuellen Mobilität. Die Veränderungen finden gleichermaßen im altersfreundlichen wie im altersunspezifischen Bereich statt.

In den letzten Jahren wurden in allen Gemeinden altersspezifische Veränderungen in der Infrastruktur umgesetzt. Zu den altersfreundlichen Veränderungen gehören Verbesserungen der **Barrierefreiheit**



im öffentlichen Raum, durch Rampen und Fahrstühle, sichere Straßenüberquerungen, Verlegen ebenerdiger (Granit-) Platten, Ausbau barrierefreier Wohnungen; **Erweiterung pflegerischer Angebote**, mit Pflegestützpunkt, Tagespflege, Betreutes Wohnen, Medizinische Versorgungszentren; **neu aufgestellte Sitzgelegenheiten** als Erholungsmöglichkeit; Errichtung von **Verkaufsinseln als Begegnungsstätten** und das Zusammenführen mobiler Dienstleister zur Nahversorgung Älterer; eine **verbesserte Erreichbarkeit von Veranstaltungen** durch einen speziellen Transportservice.

Zitat: „Wir bauen wo wir können überall Rampen ran, auch wenn das die teurere Variante ist, aber es ist doch die bessere Variante. Und [wir] verzichten weitestgehend auf Treppen, versuchen viel ebenerdig zu bauen. [Wir] versuchen auch die Fluchtwege entsprechend anzupassen, weil das [...] auch immer so ein [...] Problem ist, wenn man so ein bisschen gesundheitlich eingeschränkt ist. Und [wir] versuchen natürlich auch viel in der Richtung Akustik zu machen, weil das oft auch bei älteren Menschen so ein [...] Problem ist [...].“
(Interview 8, Pos. 12)

Zu den altersunspezifischen Veränderungen gehören **der Bau neuer Straßen, Geh- und Radwege** als Ortsverbindung oder Sanierungsmaßnahme. **Kommunale Gebäude**, wie Kindertagesstätten und Schulen, wurden zur Anpassung an gesetzliche Vorgaben aufwändig **saniert**. Zur Freizeitgestaltung wurden **neue Freizeitangebote**, wie eine Mediathek oder Sportgruppen, eingerichtet. Auf die **Sauberkeit von Grünanlagen** wird zum Wohlbefinden der Bevölkerung vermehrt geachtet und **Einkaufsmöglichkeiten in der Innenstadt** eröffnet.

Zitat „Wir hatten ja zwei Schwerpunkte gesetzt. Der eine war der Schwerpunkt Anpassung der Bildungseinrichtungen an [den] neuen Stand, eben grade im Bereich Kita und Schule. Da ist schon viel passiert und wird in Zukunft noch viel viel passieren“ (Interview 8, Pos. 4)

7.2. Veränderungen in der Verwaltung

Veränderungen in der Verwaltung sollen die (Zusammen-) Arbeit in der Gemeinde erleichtern. Die interviewten Expert*innen nannten zwei altersfreundliche Veränderungen, die auf längere Sicht einen direkten Vorteil für die ältere Zielgruppe erfüllen sollen.

Bei den Veränderungen, die in der Verwaltung vorgenommen wurden, geht es primär um einen **Kooperationsaufbau** zwischen Gesundheitsdienstleistern, wie den Krankenkassen, Wohlfahrtsorganisationen, Sanitätshäusern; dem Integrationsbeauftragten und der Verwaltung; die Netzwerkarbeit und -koordination über die neu etablierten Pflegekreise im Landkreis. Durch die Kooperationen soll das Angebot für die ältere Bevölkerung erweitert werden ohne direkt auf den Schultern der Gemeinde zu lasten.



Die **Gründung eines Seniorenbeirates** wurde als neue, altersfreundliche Veränderung genannt. Diese geringe Anzahl von Nennungen begründet sich darin, dass bereits in allen anderen Gemeinden zu Projektbeginn ein Seniorenbeirat bestand.

Zitat: „Naja mit sehr sehr großen Schwierigkeiten ist in unserer Gemeinde jetzt so nach und nach doch, ich glaube fast als der letzten im Landkreis, ein Seniorenbeirat im Entstehen. Was natürlich auch eine Veränderung ist.“ (Interview 1, Pos. 26)

7.3. Veränderungen in der Bevölkerung

Veränderungen in der Bevölkerung bestehen durch umgesetzte Maßnahmen der Verwaltung oder durch die Initiative der Bevölkerung. Fokussiert wurden altersunspezifische Veränderungen, wie ein generationsübergreifendes Angebot und die Möglichkeit zur Mitgestaltung engagierter Bürger*innen für ihre Gemeinden.

Das **generationsübergreifende Angebot** wird von der Hälfte der Interviewten als neue Veränderung für die Bevölkerung erwähnt. Dabei handelt es sich vorrangig um eine Vernetzung von Senioren und Kindern in Kindertageseinrichtungen. Beide Generationen profitieren in vielfältiger Weise von solchen Begegnungen (Jackel 2011).

Zitat: „Altersfreundlichkeit hat ja nicht nur mit dem Alter was zu tun, sondern wenn ich über Alter rede, rede ich über eine Familie und da gehört Oma, Opa, Mutter, Vater, Sohn und Tochter mit dazu. Ja also drei, vier Generationen mitunter und das [...] zu verbinden, das zu schaffen, dass man die ganze Familie sieht und alle mitnimmt, ich glaub da sind wir hier in unserer Stadt ein gutes Stück vorangekommen.“ (Interview 7, Pos. 24)

Die **Mitgestaltung und das Engagement** der Bevölkerung sind aus Sicht der Interviewten in den letzten Jahren gewachsen. Dies äußert sich dadurch, dass die Bürger*innen ihre Bedürfnisse und Wünsche gegenüber den Verwaltungen klarer kommunizieren und bei der Umsetzung aktiv mitwirken. Sie engagieren sich in der Planung von Veranstaltungen und fördern so die Bindung zur Gemeinde.

Zitat: „[...] die Bürgerbeteiligung ist in den letzten Jahren [gestiegen], [so] dass sich [die Jungen und Alten] sehr aktiv zu Wort gemeldet haben. Und jetzt mit beginnen zu gestalten“ (Interview 3, Pos. 4)



7.4. Veränderungen in der Kommunikation

Veränderungen in der Kommunikation finden durch Gesprächsangebote der Gemeindeverwaltungen statt. Hierbei gibt es Angebote die altersunspezifisch sind, wie generationsübergreifende Gespräche, aber auch altersspezifische Angebote, wie ein Seniorentreffen mit dem Bürgermeister.

Die **generationsübergreifenden Gespräche** wurden in drei Interviews genannt und beschreiben vorrangig Angebote wie Einwohner- oder Stadtverordnetenversammlungen. In diesem Rahmen besteht die Möglichkeit für alle Altersgruppen individuelle Anliegen zu äußern.

Die altersfreundliche Veränderung in der Kommunikation ist ein spezielles **Senior*innentreffen mit dem Bürgermeister**, in dem die ältere Bevölkerung in einer angenehmen Runde ihre Bedürfnisse darlegen kann, oder Informationen erhält. Diese Möglichkeit wurde in einer Gemeinde eingerichtet, um die Kommunikation mit den älteren Bürger*innen zu verbessern.

Zitat: „wir haben es möglich gemacht, dass die [...] älteren Menschen [...] sich einmal in der Woche mit dem Bürgermeister hier im Raum treffen können. Und er stand eben einfach zur Verfügung [...]. Also das hatten wir unter [dem] Motto, "Wenn man mich fragen würde... Aber mich fragt ja keiner." (Interview 3, Pos. 16)

8. Abgeleitete Strategien der Altersfreundlichkeit

Abschließend können im Hinblick auf die Ergebnisse der Evaluationsstudie vier gemeindebezogene Handlungsstrategien abgeleitet werden, die Rückschlüsse auf die Bewusstseinsbildung der Gemeindeverwaltungen ermöglichen.

1. Altersfreundlichkeit als Etikette

Diese Veränderungen werden von den Gemeindeverwaltungen als altersfreundlich beschrieben. Ihre Nutzbarkeit ist jedoch unspezifisch, wie neue Sporthallen. Projekte, die als altersfreundlich etikettiert werden, haben verschiedene Gründe. Zum einen sind die fehlenden finanziellen Mittel entscheidend, um altersspezifische Angebote zu schaffen, zum anderen sind die Forderungen der Landespolitik nach Altersfreundlichkeit eine Ursache. Wenn Gemeinden eine Forderung erfüllen sollen, die sie nicht wirklich erfüllen können, liegt es natürlich nahe, mit einer Etikettierung von Maßnahmen, die nicht spezifisch altersfreundlich sind, die Forderungen der Landespolitik zu erfüllen. Die als altersfreundlich angegebenen Veränderungen zeigen jedoch ein grundlegendes Verständnis der Gemeindeverwaltungen für Altersfreundlichkeit.



Beispiel: „Wir machen sehr viel neu, auch weil die Normen uns das sagen. Du musst Querungshilfen [haben], barrierefreier oder so. Die Ampel muss den Pieper dran haben“ (Interview 10, Pos. 25)

2. Altersfreundlichkeit zur Wirtschaftsförderung

Altersfreundliche Veränderungen werden im Hinblick auf kommerzielle und wirtschaftsförderliche Aspekte der Gemeinden geplant. Der Zwang zur Wirtschaftlichkeit beeinflusst daher die altersfreundlichen Handlungen der Gemeindeverwaltungen.

Beispiel: „Ich hab da ja auch kein Problem damit, wenn hier noch 500 Senioren herziehen. Ist ja wie gesagt auch eine Chance. [...] also da hängen ja auch Arbeitsplätze am Ende dran und wie gesagt wir werden hier kein VW Werk her kriegen, also muss man ohnehin gucken wo bestehen so Möglichkeiten“ (Interview 4, Pos. 22)

3. Altersfreundlichkeit durch private Investoren

Altersfreundliche Veränderungen werden von privaten Investoren auf eigene Kosten in den Gemeinden umgesetzt. Dies erfolgt ohne finanzielle oder personelle Eigenmittel der Gemeinden. Üblicherweise stellen die Gemeindeverwaltungen hierbei Liegeflächen oder ungenutzte Gebäude zur Verfügung. Den Gemeindeverwaltungen bietet sich die Möglichkeit altersfreundliche Veränderungen trotz mangelnder finanzieller Ressourcen für die ältere Bevölkerung umzusetzen. Beispiele für diese Art der Handlungsstrategie sind Langzeitpflegeeinrichtungen oder altersspezifische Angebote durch Wohlfahrtsorganisationen sowie die barrierefreie Gestaltung kommunaler Wohnungen durch Investoren.

Beispiel: „wenn wir jemanden finden würden einen Investor würden wir sofort hier ein Pflegeheim errichten. Das sind noch [Bestrebungen], [welchen] auch unser Bürgermeister sehr intensiv nachgeht und immer wieder versucht doch einen Investor zu finden.“ (Interview 5, Pos. 10)

4. Authentische Altersfreundlichkeit

Eine authentische Altersfreundlichkeit entsteht auf Grund des sozialen Bewusstseins und veränderter altersfreundlicher Denkmuster. Umgestaltungen werden von der Gemeindeverwaltung mit dem Ziel einer steigenden Lebensqualität im Alter umgesetzt. Die Gemeindeverwaltungen präsentieren durch die Gemeinde ausgeführte altersfreundliche Verbesserungen ohne andere Hintergründe. Weitere Aspekte wie Generationsfreundlichkeit, Wirtschaftlichkeit und Übertragung an Drittanbieter spielt keine Rolle. Im Fokus stehen die Bedürfnisse der älteren Generation. Die Ausführung von Maßnahmen durch Wohlfahrtsverbände kann auf Grund ihrer caritativen Aufgaben eingeschlossen werden. Erst



durch diese Handlungsstrategie wird die Bewusstseinsbildung für Altersfreundlichkeit zur nachhaltigen Entwicklung einer altersfreundlichen, ländlichen Gemeinde deutlich.

Beispiel: „Wir bauen wo wir können überall Rampen ran, auch wenn das die teurere Variante ist, aber es ist doch die bessere Variante und [wir] verzichten weitestgehend auf Treppen, versuchen viel ebenerdig zu bauen“ (Interview 8, Pos. 12)

Schlussfolgerung

Eine vollständige Bewusstseinsveränderung der Gemeindeverwaltungen zur Altersfreundlichkeit erfolgte im Hinblick auf die Handlungsstrategien (noch) nicht. Die vier identifizierten Handlungsstrategien unterscheiden sich in der Ausprägung ihrer Umsetzung oder treten als Mischformen in den Gemeindeverwaltungen auf. Am häufigsten handeln die Gemeindeverwaltungen nach den ersten drei Strategien (Altersfreundlichkeit als Etiketle, Altersfreundlichkeit zur Wirtschaftsförderung, Altersfreundlichkeit durch Außenstehende). In allen am Projekt teilnehmenden Gemeinden sind jedoch Ansätze der authentischen Altersfreundlichkeit erkennbar. Im Interview mit dem nicht im Projekt beteiligten Bürgermeister bestehen dagegen ausschließlich die anderen drei Handlungsstrategien.

Gründe für die Umsetzung der abgeleiteten Strategien der Altersfreundlichkeit sind die bereits angesprochenen Gedanken nach Wirtschaftlichkeit (Wilken 2010) und die gesetzlichen Vorgaben. Der beeinflussende Faktor der schlechten finanziellen Lage wird sogar als Zwang zur Wirtschaftlichkeit definiert, was erneute Auswirkungen auf die individuelle Prioritätensetzung von Maßnahmen hat. Auf Grund dieser Einschränkungen sind kommerzielle Gedanken der Gemeindeverwaltungen für Veränderungen vorrangig und alltäglich. Besonders deutlich wird dies im Bereich der verwaltungsbezogenen Ziele, wenn die Senioren im Ort als Chance zur Wirtschaftsförderung gesehen werden, da sie auf Grund ihrer Bedürfnisse Arbeitsplätze für junge Menschen schaffen. Die Gemeindeverwaltungen und vor allem die Bürgermeister haben in ihrer Rolle bestimmt gesetzliche Auflagen zu erfüllen, welche durch eine Projektteilnahme nicht beeinflusst werden. Daraus folgt, dass eine weiterführende intensive und nachhaltige Auseinandersetzung mit Altersfreundlichkeit in den Gemeinden zusätzliche Lösungen durch die Landesebene notwendig macht.

Die Gemeindeverwaltungen sind unter Berücksichtigung dieser Faktoren in der Lage, eine authentische Altersfreundlichkeit auf Basis des sozialen Bewusstseins zu erreichen.



Literatur

Bierhoff, H-W (2019) Stichwort soziale Verantwortung. In: Dorsch Lexikon der Psychologie, Hrsg. Wirtz M A. Hogrefe Verlag. URL: <https://dorsch.hogrefe.com/stichwort/soziale-verantwortung> (18.03.2021)

BMEL - Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (2015): Ländliche Regionen verstehen Fakten und Hintergründe zum Leben und Arbeiten in ländlichen Regionen, Berlin. URL: https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Broschueren/LR-verstehen.pdf?__blob=publicationFile (29. August 2020)

BMFSFJ - Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2010): Sechster Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland - Altersbilder in der Gesellschaft, Berlin. URL: <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/101922/b6e54a742b2e84808af68b8947d10ad4/sechster-altenbericht-data.pdf> (17.03.2021)

Dehne, P. (2019): Ländliche Räume in Deutschland – aktuelle Entwicklung und ihre Wahrnehmung, Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit. Nr. 4/2019, S. 4-17.

Eichhorn, J. & Erjauz, B. (2019) Die Entwicklung altersfreundlicher ländlicher Gemeinde: das Beispiel Mobilität. In: Gesellschaftliche Teilhabe in ländlichen Räumen. Hrsg. Buttner. 4/2019. Berlin: Lambertus Verlag

Federal/Provincial/Territorial Ministers Responsible for Seniors (2007): Age-Friendly rural and Remote communities: A Guide', Minister of Industry, Ottawa. URL: http://www.phac-aspc.gc.ca/seniors-aines/alt-formats/pdf/publications/public/healthy-sante/age_friendly_rural/AFRRRC_en.pdf, (29.08.2019)

Fiedler, R & Spindler, E A (2009) Nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume. VS Verlag für Sozialwissenschaften, GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden

Grunwald, A. & Kopfmüller, J. (2012) Nachhaltige Entwicklung konkret messen - bewerten – handeln. In: Nachhaltigkeit. 2. Auflage, 76 – 104. Frankfurt: Campus Verlag

Jackel, B (2011) Enkel und Großeltern – Wie Generationen voneinander profitieren. Schulz-Kirchner Verlag GmbH. URL: <https://www.skvshop.de/shop/images/files/editor/file/downloads/382.pdf> (25.03.2021)

Mayer M (2020) Pflegephänomen Einsamkeit, Pflege Zeitschrift Nr. 9.2020/73, S. 22-24

Sackmann, R (2014) Bürgerbeteiligung in Stadtentwicklungsprozessen – Wundermittel oder Mogelpackung? Würzburger Arbeitspapiere zur Politikwissenschaft und Sozialforschung. 5/2014. Würzburg: Universität Würzburg

Wilken, U (2010) Der Verlust der Selbstevidenz des Sozialen als ethische Herausforderung – Sensibilisierung für die Gemeinschaft In: Kulturen Sozialer Arbeit. S. 27-37, Hrsg. Wilken, U. & Thole, W. VS Verlag für Sozialwissenschaften

World Health Organisation (WHO) (2007): Age-Friendly Cities: A Guide, WHO, Geneva. URL: https://www.who.int/ageing/publications/Global_age_friendly_cities_Guide_English.pdf, (29.08.2020)



Zentrum für Qualität in der Pflege (2020) Haltung überdenken: Selbstverständnis und Einstellungen
Altersbilder URL: <https://www.zqp.de/wp-content/uploads/zqp-pflegecharta-altersbilder.pdf>
(17.03.2021)